

Haushaltsrede des FDP-Fraktionsvorsitzenden Ralph Böwingloh zum Haushaltsentwurf der Stadt Rietberg für 2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Sunder, sehr geehrter Herr Beigeordneter Göke,
Sehr geehrte Damen und Herren aus der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat
Liebe Bürgerinnen und Bürger der Stadt Rietberg,

Lassen Sie mich zu Beginn meiner ersten Haushaltsrede, hier im hohen Haus der Stadt Rietberg allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt meinen Dank für Ihren Einsatz und Engagement in einem für uns alle herausfordernden Jahr 2022 aussprechen.

Diesen Dank möchte ich ebenfalls an meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat und den Ausschüssen für die faire und oft auch gute Zusammenarbeit richten.

Ganz herzlich bedanken möchte ich mich vor allem, bei unseren Bürgerinnen und Bürgern die durch Ihre ehrenamtlichen Tätigkeiten in Vereinen, Dorfgemeinschaften und Nachbarschaften den Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft garantieren.

In Zeiten die geprägt sind von einer uns lange im Atem gehaltenen Pandemie und eines in diesem Jahr ausgebrochenen verbrecherischen Angriffskriegs in Europa, der damit verbundenen Energiekrise, einer beginnenden Inflation und einer drohenden Rezession, sehe ich das nicht als selbstverständlich an.

Auch möchte ich die große Bereitschaft der Rietberger Bevölkerung für die oftmals private Unterbringung von geflüchteten Menschen aus der Ukraine gebührend erwähnen. Dieser Zusammenhalt muss gewahrt bleiben angesichts drohenden spalterischen Tendenzen in Krisenzeiten. Dies muß vor allem für die Politik, unser aller Anspruch sein.

Bedanken möchte ich mich natürlich auch bei unserer heimischen Wirtschaft, den vielen kleinen und mittelständischen Betrieben aus Handwerk, Handel und Industrie welche durch Ihr verantwortungsvolles ökonomisches Handeln, Arbeitsplätze garantieren, neue schaffen und durch die von Ihnen generierte Gewerbesteuer, der Stadt erst Ihren Handlungsspielraum ermöglicht.

Wie Sie vielleicht etwas verwundert hören bin ich mit einer kleinen Charme-Offensive gestartet, eher ich unpopuläre Wahrheiten anspreche und Ihnen die von der FDP erwarteten kritischen und Schonungslosen Analyse des Haushalts vortrage. Bevor ich Ihnen hier aber jetzt die Zahlen und Fakten präsentiere lassen Sie mich noch ein wenig zur Bereitschaft des Rates, über die dringende Notwendigkeit des Sparens resümieren.

Besonders hervorheben möchte ich da die Entscheidung einer großen Mehrheit im Bauausschuss die Sanierung der Gesamtschule frühestens ins Haushaltsjahr 2025 zu verschieben. Diese Realitätsbezogene Einsicht vor allem bei CDU und FWG hat mich doch sehr gefreut.

Ebenso möchte ich dass von der CDU beantragte Moratorium lobend erwähnen aber gleichzeitig auch darauf hinweisen dass wir als Politik so einer Selbstverpflichtung auch mit der nötigen Ernsthaftigkeit begegnen müssen und diese, nicht bei jedem sicherlich sinnvollem Wunsch aus unserer vielfältigen Vereinswelt, aber angesichts unserer Haushaltslage nicht zu verantworteten, ad Absurdum führen dürfen. Stichwort Ganzjahres-Tennisplätze in Mastholte.

Als Beispiel möchte ich auch den Wunsch der Vareneller Dorfgemeinschaft anführen, welche sicherlich vollkommen zu Recht Ihre Zusammenkünfte in angemessenen am besten in eigenen

Räumlichkeiten zu bestreiten wünscht, jedoch dem Moratoriumsgedanken zuwiderläuft. Zumal Ihr dieses Domizil von 125 qm für monatlich 3000 € nur vermietet und nie gehören wird. Liebe Varenseller für 3000 € monatlich sollte mehr wie ein Gesellschaftsraum drin sein, zumal der Bau dieser Räumlichkeiten noch mit 150T € aus Sponsoring und Eigenleistung der Dorfgemeinschaft finanziert werden soll.

Die FDP hätte Verständnis dafür, wenn es sich um eine Art Mietkauf handeln würde wo die Räumlichkeiten nach 10-12 Jahren in den Besitz der Dorfgemeinschaft übergehen würde. Dieses Modell wäre zumindest eine WinWin Situation für beide Seiten, die Varenseller Vereine hätten Ihr eigenes Domizil, der von mir sehr geschätzte Bauherr und Gastronom hätte die Dorfgemeinschaft noch näher an sein Haus gebunden. So sähe eine für uns verträgliche und gute Lösung aus. Jedoch nicht in dem die Stadt für die Dorfgemeinschaft, hier das unternehmerische Risiko übernehmen soll und diese letztlich nur Mieter bleibt.

Aus unserer Sicht ist das Moratorium ein erster guter Schritt der Haushaltskonsolidierung jedoch bleibt es unerlässlich darüber hinaus auch in der Vergangenheit schon beschlossene aber noch nicht umgesetzte Investitionsmaßnahmen auf gegenwärtige Notwendigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls zu verschieben oder auch zu revidieren.

Leider stehen wir mit dieser Meinung noch relativ allein auf der politischen Bühne. Denn der Bürgermeister wie auch Sie liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates sagen, dass wir durch die Aufhebung von gefassten Beschlüssen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger verlieren. Ich dagegen sage Ihnen, bei Preissteigerungen bis zu 100% für einzelne Baumaßnahmen könnte ich heute auch Konrad Adenauer mit seinen Worten „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“ zitieren und einfach auch auf die veränderten Rahmenbedingungen hinweisen.

Aber Nein, dies wäre mir dann doch zu plump, stattdessen appelliere ich an unsere Verantwortung gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern, verdammt noch einmal sorgsam und verantwortungsvoll mit Ihrem Geld umzugehen und dieses nicht zu Unzeiten regelrecht inflationär auszugeben, sondern in der Vergangenheit gefasste Beschlüsse noch einmal auf Sinn und Notwendigkeit zu überprüfen. Nur so verspielen wir nicht das Vertrauen unserer Bevölkerung. Glauben Sie mir bitte, dass es uns von der FDP auch keinen Spaß macht, ständig als Sparkommissar aufzutreten, aber hätten wir nicht die letzten Jahre immer weiter über unsere Verhältnisse gelebt und Rat und Verwaltung die ständigen Mahnungen meines Vorgängers Prof. Dr. Niewiarra nicht ignoriert sondern Stadt ihre Ausgabenpolitik verändert hätte, müsste ich heute nicht solch drastische Appelle adressieren. Denn über eine Tatsache sind wir uns doch wohl alle einig - Rietberg hatte bis heute keine zu niedrige Einnahmesituation, sondern eine Ausgabenproblematik, wir leben schlicht gesagt auf Kosten zukünftiger Generationen.

Aber anstatt über Versäumnisse aus der Vergangenheit zu lamentieren, lassen Sie uns heute die aktuelle Krise auch als Chance betrachten, um zwar sicherlich unpopuläre aber für eine ernsthafte Konsolidierung des städtischen Haushalts unverzichtbare Sparmaßnahmen zu ergreifen. Ich frage Sie wenn nicht jetzt, Angesichts der Zeitenwende wann denn dann? Die FDP ist der Meinung, dass wir diese Anstrengungen den uns nachfolgenden Generationen schuldig sind.

Eine Kommune sollte immer so investieren, wie es der Bedarf und die von ihr verfolgten Ziele erfordern. Dabei ist stets die Notwendigkeit/Dringlichkeit und die Sinnfälligkeit der Nutzen der Investitionsvorhaben zu prüfen. Dazu gehört es, dass der verfügbare Finanzrahmen, die eigenen Personalressourcen und das Verkräften späterer Folgekosten gleichrangig in die Beurteilung einbezogen werden.

Prioritätensetzung

Wenn Kapazitäten nicht ausreichen, dann müssen Prioritäten gesetzt werden. Kriterium für die Priorisierung sind benötigte fachspezifische Personalressourcen, zeitliche Umsetzungszwänge, Kapazitäten auf dem Anbietermarkt (Bau/Handwerk), Zwänge wie Förderbestimmungen und vor allem die Verfügbarkeit der finanziellen Mittel.

Aus diesem Grund habe ich in der letzten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses auch die Streichung der Investitionsmaßnahme Sanierung der Rathausstraße beantragt, eine Maßnahme deren Sinn und Nachhaltigkeit wie gegenwärtige Notwendigkeit zu prüfen ein Gebot der Stunde wäre.

Positiv möchte ich auch noch erwähnen, dass in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses auch die Budgetierung der Stadtmarketing GmbH nicht mehr widerspruchlos abgenickt wurde, sondern eine sachliche Diskussion über Zweck und Ausrichtung dieser städtischen Tochter geführt wurde. Denn die Stadtmarketing GmbH wurde unserer Ansicht nach nicht gegründet, um die Organisation von Verkaufsfördernden Veranstaltungen für Wirte und Kaufleute entlang der Rathausstraße zu übernehmen. Aber genau diese Aufgaben hat sie im ablaufenden Jahr 2022 vordergründig erfüllt, sie hat sämtliche Aufgaben der aufgelösten Werbegemeinschaft ISG vollständig übernommen. Dies kann nicht primäre Aufgabe einer städtischen Tochter sein. Wir fordern mehr Organisatorische wie auch finanzielle Einbringung der Gewerbetreibenden der Rathausstraße bei Veranstaltungen wie Hänky Pänky, Stoppelmarkt und zahlreicher ähnlicher Termine.

Bei der derzeitigen finanziellen Ausstattung der GmbH von rund 300T € fordern wir auch eine Neuausrichtung der Stadtmarketing Gesellschaft über den historischen Ortskern hinaus in dem sie die Ortsteile bei der Durchführung von Volksfesten unterstützt und auch eingeschlafene Formate wie zum Beispiel die Neuenkirchener Maikirmes zusammen mit den Akteuren vor Ort wiederbelebt also als Hilfe zur Selbsthilfe fungiert. Erst dann würde die Stadtmarketing GmbH ihren gesellschaftlich relevanten Zweck und eine Daseinsberechtigung erfüllen.

Gartenschaupark

Im Jahre 15 nach der erfolgreichen LGS wird es höchste Zeit ein zukunftsfähiges wirtschaftliches Konzept für das Gelände zu erarbeiten um die hohen städtischen Zuschüsse dauerhaft zurück zu fahren.

Die FDP begrüßt zum einen den stetigen Ankauf von Grundstücken im Stadtgebiet-auch teils über die aktuellen Bodenrichtwerte hinaus, da diese für die Stadtentwicklung essenziell wichtig sind und Grundstücke nicht günstiger werden.

Zum anderen ist positiv, dass die Verwaltung sich frühzeitig mit der Ärzteversorgung hier in Rietberg beschäftigt. Wir wollen zwar keine Evaluation des Zuschusses zur Hausärztlichen Versorgung in Höhe von 120.000 € vorwegnehmen, aber aus unserer Sicht ist der Zuschuss rechtlich zwar eine freiwillige Leistung, die ärztliche Infrastruktur einer Kommune gehört dagegen aber zu ihren Kernaufgaben.

Sozialkaufhaus

Wir haben in diesem Jahr dem Herzenswunsch unserer Grünen Freunde endlich nachgegeben und die Realisierung eines Sozialkaufhauses in Rietberg beschlossen. Auch wir sehen den gesellschaftlich relevanten Sinn dieser Idee welche dazu dient Langzeiterwerbslose zu integrieren und mit dem Gedanken der Nachhaltigkeit unserer ausufernden Wegwerfgesellschaft entgegenzuwirken. Da die Verwaltung noch auf der Suche für einen geeigneten Standort eines solchen Sozialkaufhauses, am besten mit integrierten Repaircafe ist, möchte ich an dieser Stelle noch einmal für eine zukünftige Nachnutzung des Alten Kolpinghauses in Neuenkirchen für diesen Zweck werben.

Auch möchte ich noch einmal die Erbringung eines von unabhängiger Seite erstellten Sport-Entwicklungsplan mit integrierter Sportstättenbedarfsanalyse begrüßen. Wir sind der Ansicht, dass dieser bei der zukünftigen Priorisierung von Baumaßnahmen sehr hilfreich sein wird Nun aber erst einmal genug der für FDP-Verhältnisse fast schon umarmender Worte hin zur Schonungslosen Analyse von Zahlen und Fakten wie Sie es aus den Haushaltsreden meines Vorgängers gewöhnt sind.

Aufgrund der geplanten Defizite in 2023 bis 2026 soll es in Höhe von kumuliert 25 Mio. € zu einem Eigenkapitalverzehr kommen. Die liquiden Mittel sollen von 13,4 Mio. € auf 1,8 Mio. € sinken und das trotz Aufnahme von Liquidationskrediten in Höhe von 15,5 Mio. €.

Das geplante Investitionsvolumen für 2023 sinkt im Vergleich zum ersten Entwurf zwar marginal auf 43,7 Mio. €, aufaddiert bis 2026 liegt es aber weiterhin bei über 113 Mio. €.

Neu im Vergleich zu den Vorjahren ist, dass das geplante Investitionsvolumen mit rund die Hälfte über Fördermittel teilfinanziert werden soll. Gegenüber der Vorjahresplanung haben sich die Fördermittel um etwa 31 Mio. € erhöht. Ein Fördervolumen, das in dieser Höhe bisher nicht ansatzweise geplant wurde. Nichtsdestotrotz ist immer noch eine Finanzierungslücke von mehr als 60 Mio. € durch Kreditaufnahmen zu schließen.

In Summe reden wir in der Spitze über eine Verschuldung gemäß der vorliegenden Planung von insgesamt mehr als 100 Mio. €.

Dass sich die Kreditstände in den Bilanzen nicht im gleichen Zuge so entwickeln, liegt einzig und allein in der hohen nicht nachvollziehbaren Erhöhung der Fördermittel. Genau hier dürfte das größte Risiko in der Finanzplanung liegen.

Denn hinter jeder großen Investition stehen Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten Jahre. Über diese Verpflichtungsermächtigungen lässt sich die Verwaltung aber immer erst 100 % des Investitionsvolumen absichern. Das Risiko für den Ausfall der Fördermittel soll dann der Rat über die Genehmigung der Haushaltssatzung absegnen. Hier liegt ein latentes, nicht kleines Haushaltsrisiko. Denn wer weiß schon, welches Förderprogramm aufgrund der immensen Verschuldung von Bund und Länder im Zuge der andauernden Krisen als erstes gestrichen wird.

Neben alldem besteht auch immer noch die Gefahr, dass die Stadt ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen muss. Denn nach jetzigem Stand wird die Summe der Korrekturen aufgrund des Corona-Isolierungsgesetz in 2026 rund 6,2 Mio. € betragen. Will man die zukünftigen Generationen nicht 50 Jahre mit diesem Rechenrick belasten, muss dieser Betrag in 2026 gegen die Allgemeine Rücklage gebucht werden. Sollte es dann wegen der aufgezerzten Ausgleichsrücklage im Jahr 2027 zum Griff in die Allgemeine Rücklage kommen müssen, weil anders kein Haushaltsausgleich erfolgen kann, rutscht die Stadt in die Haushaltssicherung.

Doch statt bereits jetzt ernsthaft gegenzusteuern, plant die Verwaltung gemäß ihrer Eigenkapitalentwicklung allen Ernstes die Auflösung der isolierten Erträge über 50 Jahre. Ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen, die für Generationengerechtigkeit in der Politik kämpfen. Die Bürger werden sich sicher bei ihnen – Herr Bürgermeister Sunder - dafür bedanken, dass sie heute ihren finanziellen Spielraum jedes Jahr für 50 Jahre (!) um 125.000 € einschränken wollen, nur weil sie jetzt nicht bereit sind echte Einsparungen vorzunehmen.

Dabei schränken wir bereits jetzt unsere finanziellen Möglichkeiten für Jahrzehnte ein. Denn sollte der notwendige Neubau und die Sanierung der Sekundarschulen am Ende – trotz Verschiebung – wie der Bürgermeister ausgeführt hat, tatsächlich um die 100 Mio. € kosten, hätten wir ab Fertigstellung die nächsten 50 Jahre (!) neben den Tilgungs- und Zinsaufwendungen, kalkulatorische Kosten von jährlich 2 Mio. € die das laufende Verwaltungsergebnis weiter belasten werden.

Auch die stetig steigenden Versorgungsaufwendungen werden den Spielraum weiter einschränken. Denn bereits jetzt betragen die Pensionsrückstellungen knapp 20 Mio. €, ohne dass diesen ein Aktivposten gegenübersteht. Stattdessen sollen die Leistungen aus dem laufenden Haushalt geleistet werden. Waren es aber im Jahr 2017 noch 740.000 € sollen es in 2026 bereits 1,3 Mio. € sein. Dabei haben die geburtsstarken Jahrgänge ihre Rente noch nicht einmal angetreten. Der Betrag wird also weiter überproportional ansteigen.

Das war die Kurzdiagnose des Zahlenwerks. Nun zur Therapie:

Die Investitionspolitik der Stadt ist endlich auf die limitierenden Rahmenbedingungen der städtischen Haushaltslage auszurichten. Dazu gehört die Einsicht des Rats, Beschlüsse auch wieder zu korrigieren und immer wieder auf die Lebensrealitäten hin zu überprüfen. Es reicht halt nicht aus, die Probleme nur weiter in die Zukunft zu verschieben.

Neben einer auf die Stadt zugeschnitten Investitionspolitik brauchen wir aber auch ein limitiertes Budget innerhalb einer Planungsperiode für alle Vereine, für Kultur und für Soziales. Allein die Reduzierung einzelner freiwilliger Leistungen kann die Struktur des Haushalts nicht verbessern.

Die notwendige Konsolidierung ist dabei kein Selbstzweck. Denn das Ziel einer seriösen Hauspolitik muss stets

- die Erwirtschaftung einer ordentlichen Schuldentilgung aus dem laufenden Haushalt,
- die Aufstellung eines strukturell nachhaltig ausgeglichenen Haushalts innerhalb einer Planungsperiode
- und die vorsichtige Handhabung von Verpflichtungsermächtigungen, die den Haushalt vorweg belasten und die Politik binden

sein.

Zum Abschluss noch ein paar Worte zu den Zahlen der Stadtwerke Rietberg-Langenberg bis zum 31.12.2021, also ohne Berücksichtigung der Energiekrise und des Vertriebsstopps (!):

In 2021 lagen die Umsatzerlöse nur bei 31 % des Businessplans. Folgt man den Planzahlen 2022, so liegt der Umsatz mit 4,5 Mio. € sogar nur bei 24 % zu den Annahmen von 19,1 Mio. €. Die Zahlen zeigen, dass die Netto-Umsatzerlöse des Businessplans gravierend verfehlt wurden. Statt der damals versprochenen Rendite hat das Geschäft in der Realität bis heute nur Verluste erwirtschaftet. Von der getroffenen Aussage, dass die Stadtwerke im 3. Geschäftsjahr in der Lage sind, eigenständig einen Jahresüberschuss zu erwirtschaften und im 5. Geschäftsjahr die Anlaufverluste wieder erwirtschaftet sein sollten und eine Ausschüttung an die Stadt umsetzbar sei, ist nicht viel übriggeblieben. Im Kern ist ein substanzieller Geschäftsaufbau nicht gelungen. Das Investment Stadtwerke hat seine Ziele komplett verfehlt. Vor diesem Hintergrund müsste man eigentlich den Einstieg in den Ausstieg erwägen.

Der Rat könnte die Verabschiedung des Haushalts in das erste Quartal des neuen Jahres verschieben und die Verwaltung auffordern einen auf die Realitäten angepassten neuen Entwurf vorzustellen. Bei all den Unsicherheiten, die vor uns liegen, wäre das ein Gebot der Haushaltswahrheit. Wenn das nicht gewollt ist, muss heute entschieden werden. So wie der Haushalt aber jetzt vorliegt, kann die FDP-Fraktion aus den dargestellten Gründen ihm nicht zustimmen. Und das ist keine politische Entscheidung, sondern eine nach Faktenlage, die insbesondere die Bürger überzeugen müsste, die bereits selbst das schwierige wirtschaftliche Umfeld erfasst und darauf reagiert haben.

Ralph Böwingloh

Vorsitzender der FDP-Fraktion Rietberg